72. Jahrgang. № 130 — Freitag, 16. März 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Bezugs-Gebühr: vom 16. bis 31. März 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat März ... Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig. Außerhalb Dresdens 15 Pfennig

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 7 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg., die 30 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die deutschen Forderungen an Rußland.

Unterbrechung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen bis auf weiteres.

Der Beschluß der Regierung.

Berlin, 15. März. Wie der Telegraphen-Union von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist aus Anlaß der Verhaftung deutscher Ingenieure und Techniker im Donez-Gebiet der deutsche Botschafter in Moskau beauftragt worden, die Sowjetregierung um sofortige und genaue Aufklärung darüber zu bitten, welche konkreten Beschuldigungen im einzelnen gegen die Verhafteten erhoben werden und welche Beweise für diese Beschuldigungen vorliegen. Zugleich wird in Moskau auf Grund der bestehenden Vertragsbestimmungen die Forderung gestellt werden, daß dem zuständigen deutschen Generalkonsul in Charkow gestattet wird, die verhafteten Reichsangehörigen zu besuchen. Ferner hat der Reichsaußenminister den hiesigen Sowjetbotschafter auf die Erregung hingewiesen, die der Zwischenfall in der deutschen Oeffentlichkeit, namentlich in den am Wirtschaftsverkehr mit Rußland beteiligten Kreisen, hervorgerufen hat. Er hat dem Botschafter mitgeteilt, daß es infolge der durch den Zwischenfall geschaffenen Sachlage an einer der wesentlichsten Voraussetzungen für ein gedeihliches Ergebnis der zurzeit im Gange befindlichen Wirtschaftsbesprechungen fehle und daß die Reichsregierung es deshalb für geboten halte, diese Besprechungen bis auf weiteres auszusetzen. Die Reichsregierung hoffe jedoch, daß durch schnelle Beseitigung des Zwischenfalles eine Grundlage für die baldige Wiederaufnahme der Besprechungen geschaffen werde.

Stresemanns Aussprache mit Krestinski.

Berlin, 15. März. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat heute nachmittag im Auswärtigen Amte eine Besprechung mit dem hiesigen russischen Botschafter Krestinski gehabt, in der er diesen von den obigen Beschlüssen des Reichskabinetts in Kenntnis setzte. Die Unterredung fand ohne Hinzuziehung anderer amtlicher Persönlichkeiten statt. Der Außenminister informierte den russischen Botschafter über die Auffassung des Reichskabinetts und teilte ihm mit, **die deutsche Regierung müsse verlangen, daß die Verhafteten nicht abgeschlossen bleiben, sondern daß es ermöglicht werde, mit ihnen in Verbindung zu treten.** Weiter übermittelte er dem Botschafter die Forderung, daß über die von den russischen Stellen erhobenen Anklagen ins einzelne gehende Aufklärung gegeben werde. Endlich erklärte Dr. Stresemann, es sei unbedingt notwendig, über die angeblichen Unterlagen, die zur Verhaftung deutscher Techniker geführt haben, Aufschluß zu erteilen.

Wie dem „B. T." aus Moskau berichtet wird, ist das von der amtlichen Sowjetagentur übermittelte Telegramm, daß die Fortsetzung des Verfahrens gegen die verhafteten deutschen Ingenieure ankündigt, als Ausdruck des Regierungsstandpunktes anzusehen und wirft die Tür vor der letzten noch vorhandenen Möglichkeit zu, die Angeklagten vor monatelanger Untersuchung zu sichern und die deutsch-russischen Beziehungen vor einer ernsten Belastungsprobe zu bewahren. Es wäre leichtsinnig und ein Beweis falscher Einstellung zu den russischen Verhältnissen, wenn etwa in Deutschland nicht mit voller Bestimmtheit auf die Erhebung der Anklage jetzt schon gerechnet würde. Die verhafteten Ingenieure befinden sich im Gefängnis in Rostow am Don. Die Bemühungen der Vertreter der AEG., die von dem einwandfreien Verhalten ihrer Ingenieure ebenso überzeugt sind, wie die gesamte deutsche Oeffentlichkeit, sich mit den Verhafteten in Verbindung zu setzen, blieben bisher erfolglos. Diese Sachlage dürfte nach dem üblichen Verfahren der Gerichtsbehörden bis zum Abschluß der Untersuchung bestehen bleiben. Die ganze Sachlage hat in den Kreisen der deutschen Industrievertreter allergrößte Beunruhigung hervorgerufen. **Es ist zu erwarten, daß nun, namentlich unter dem Eindruck des Abbruchs der deutsch-russischen Wirtschaftsbesprechungen, die deutschen Industrievertreter fast sämtlich Rußland verlassen werden, da sie bei der Verschärfung der deutsch-russischen Beziehungen naturgemäß stündlich befürchten müssen, ähnliches zu erleben, wie ihre in Untersuchungshaft genommenen Kollegen.**

*

In Berliner politischen Kreisen wird die Verlautbarung der Reichsregierung in der russischen Angelegenheit dahin beurteilt, daß sie in der Form durchaus freundlich und zurückhaltend ist. Diese Haltung hat ihren natürlichen Grund in dem Bestreben, die Lage der verhafteten Deutschen nicht noch mehr zu erschweren. Die Schwierigkeiten, die den deutschen Forderungen entgegenstehen, liegen in der Tatsache, daß es sich um ein ordentliches Gerichtsverfahren, also nicht um Maßnahmen der G. P. U. handelt, und daß bekanntlich bei ordentlichen Gerichtsverfahren Interventionen überall starken Hindernissen begegnen. Nach dem russischen Recht ist es auch für Inländer an sich nicht zulässig, daß vor Abschluß der Anklage irgendwelche Verbindung mit verhafteten Angeklagten aufgenommen wird. Immerhin hofft man in Berliner politischen Kreisen, daß es den deutschen Bemühungen gelingen wird, sich zunächst wenigstens des persönlichen Wohls der Gefangenen anzunehmen. Der russische Botschafter Krestinski konnte dem Reichsaußenminister in der heutigen Besprechung leider nur sagen, daß er über den Stand der Angelegenheit [illegible] unterrichtet.

117 Ingenieure und Techniker im Donez-Gebiet entlassen.

Kowno, 15. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Donezgebiet bereits 117 Ingenieure und Techniker als unzuverlässig entlassen worden. — Die mit der Untersuchung der Affäre betrauten Regierungskommissare Buhnow und Schmidt werden sich heute abend zur Berichterstattung nach Moskau zurückbegeben. Die verhafteten Deutschen haben sie selbst nicht vernommen.

Was England vom Zwischenfall erhofft.

London, 15. März. Die Auseinandersetzung zwischen Berlin und Moskau über die Verhaftung der deutschen Techniker wird in London, wie überhaupt die Entwicklung der deutsch-russischen Beziehungen, mit der allergrößten Aufmerksamkeit verfolgt. Man glaubt, dieser Auseinandersetzung besondere politische Bedeutung beimessen zu müssen. — Der „Daily Telegraph" sieht bereits **Anzeichen für eine wesentliche Aenderung der Politik des Auswärtigen Amtes Moskau gegenüber** und für eine neue Solidarität der großen Westmächte. Es sei auffällig, daß Dr. Stresemann Genf verlassen habe, ohne die Ankunft Litwinows abzuwarten. Das Blatt spricht die Vermutung aus, daß die Verträge von Rapallo und Berlin durch die Verhaftung der Russen am Vorabend ihrer Kündigung angelangt sein dürften.

Ein englischer Privatkredit für Rußland.

London, 15. März. Der Finanzkorrespondent des „Evening Standard" will wissen, daß die Union Cold Storage Company sich bereiterklärt hat, der Sowjetregierung einen Kredit von 500 000 Pfund zu gewähren, nachdem sie zuvor einen Kontrakt wegen Einfuhr russischer Molkereiprodukte unterzeichnet hatte. Die Sowjetregierung werde die Kredite zur Entwicklung der Milchwirtschaft in Sibirien und im Ural benutzen. Der Korrespondent hält es für wahrscheinlich, daß diese Mitteilung zu einer Erneuerung der Agitation wichtiger Citykreise zu größerer Annäherung an Rußland führen werde.

Die deutsch-russische Spannung.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.)

Der ostentative Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, den das Reichskabinett heute beschlossen hat, obwohl vorher in politischen Kreisen verlautete, daß eine Entscheidung heute wohl nicht mehr zu erwarten sei, ist ein Ereignis von weitgehender politischer Bedeutung und hat in allen politischen Kreisen durchweg das entsprechende Echo gefunden. **Zum ersten Male seit jener Zeit, als zu Rapallo die Basis einer ziemlich weitgehenden deutsch-russischen Verständigung gefunden wurde, ist ein Konflikt, soweit zwischen den beiden Staaten gediehen, daß man von deutscher Seite Repressalien für notwendig hält.** Die Stimmungsunterlage hat dabei zweifellos auch das Unbefriedigende der Entwicklung der deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen seit dem Handelsvertrag gegeben und um so mehr mag diese Stimmung auf die deutschen amtlichen Kreise gewirkt haben, als die neuen Verhandlungen, die vor einigen Wochen in Berlin begonnen hatten und die auch heute noch über Kommissionsberatungen nicht hinausgediehen sind, von den Russen in Formen geführt wurden, die — schon wenn man allein an das plötzliche Erscheinen des Präsidenten der russischen Staatsbank, Scheinmann, denkt, der nichts Eiligeres zu tun hatte, als aus dem Stegreif gleichsam für die Finanzierung des weiteren deutsch-russischen Geschäfts die Kleinigkeit von 60 Millionen zu fordern —, milde gesagt, unerfreulich waren.

Erst leiht das Deutsche Reich 300 Millionen als Warenkredit, dann stellt sich heraus, daß die Russen lieber bei den konkurrierenden anderen Staaten kaufen, anstatt diesen Warenkredit bis auf den letzten Pfennig in Anspruch zu nehmen. Dann erscheint man mit neuen Kreditforderungen und schließlich verhaftet man unter unerfreulichsten Erscheinungen und brüskierenden Formen deutsche Techniker, die das an sich schon nicht allzu niedrig einzuschätzende Opfer auf sich nehmen, in einer ihnen in der ganzen Gesellschaftsstruktur und auch sonst nicht sonderlich sympathischen Umgebung deutsche Maschinen zu montieren.

Man macht Schwierigkeiten über Schwierigkeiten in den Wirtschaftsverhandlungen. Die obersten Staatsleute der Sowjetunion halten, gelinde gesagt, Brandreden mit offensichtlicher Spitze gegen Deutschland. Soll sich Moskau darüber wundern, daß nunmehr das Deutsche Reich, sicherlich zu seinem größten Leidwesen, seine Zuflucht zu Maßnahmen nehmen muß, die seit Jahr und Tag zwischen Deutschland und Rußland alles andere als üblich waren? Man darf selbstverständlich diesen Zwischenfall nicht isoliert sehen, sondern wird sich die Frage vorzulegen haben,

welche tieferen Ursachen vorlagen, die sowohl Rußland gestatteten, Deutschland zu brüskieren, als auch der deutschen Außenpolitik den Weg zu den beschrittenen Maßnahmen angezeigt erscheinen ließen.

Die russische Presse wird sofort erklären, daß hinter Deutschland bei diesem Konflikt eine andere Macht, nämlich der ewige Antagonist Rußlands, England, stände. Gewiß wird man sich in der Downingstreet schmunzelnd die Hände reiben, wenn heute zwischen Berlin und Moskau die offene Fehde ausbricht. Gewiß treibt gleichsam die englische Presse seit der Verhaftung der deutschen Techniker zu einem offenen Konflikt. Nichts konnte England angenehmer sein, als wenn Rußland mit Deutschland ernsthaft in die Haare geriete. **Daß ein Zusammenspiel vorliegen könnte, muß allerdings kategorisch in Abrede gestellt werden.** Es ist nicht unbekannt — und der Reichswirtschaftsminister Curtius hat erst in seiner letzten großen Rede sehr deutlich darauf hingewiesen —, daß zwischen Deutschland und England erhebliche Schwierigkeiten bezüglich des Handelsvertrages bestehen. **Eine Parallelität zwischen dem deutschen Vorgehen und der in England seit langem eingehaltenen antirussischen Linie wird also nur der Interessierte oder der Uebelwollende feststellen können.** In der Tat könnte auch die deutsche Außenpolitik nicht unklüger handeln, als wenn sie sich ins Schlepptau von politischen Bestrebungen begeben würde, die wohl dem englischen Weltreich, niemals aber dem Festlandstaate Deutschland frommten.

Es ist besonders aufgefallen, daß Dr. Stresemann Genf verließ, ehe die russischen Diplomaten zu den weiteren Abrüstungsberatungen dort eintrafen. Auf der anderen Seite will man vernommen haben, daß der deutsche Außenminister mit Briand auch Besprechungen gehabt haben soll, die sich mit dem Ostproblem befaßten. Nimmt man dazu die Vorschläge einer Kartellierung der Rußland beliefernden Staaten, die aus Anlaß der Wirtschaftsverhandlungen wohl von Paris aus ins Spiel geworfen, in Deutschland eine gewisse Resonanz finden, **so ist vielleicht der Schluß nicht ganz von der Hand zu weisen, daß sich die deutsche Außenpolitik gegenüber Rußland in dieser oder jener Hinsicht mit den gleichlaufenden französischen Tendenzen zwar nicht ausgeglichen, aber doch zum mindesten in Fühlung gebracht hat. Es handelte sich darum, den Versuch zu unternehmen, dem rus-**

Deutschfeindliche Zwischenfälle in Lüttich.

Brüssel, 15. März. Während des gestrigen Vortrags des Professors Bergsträßer in Lüttich sammelten sich nationalistische Studenten vor dem Vortragslokale an und begannen ein heftiges Heul- und Pfeifkonzert. Ein Auto, in dem die Demonstranten Professor Bergsträßer vermuteten, wurde überfallen und die Scheiben eingeschlagen. Eine im Auto befindliche Dame wurde durch Glassplitter verletzt. Drei Studenten wurden verhaftet, bald jedoch wieder freigelassen. Als heute morgen Professor Houbank, der Leiter der gestrigen Veranstaltung, sein Kolleg halten wollte, wurde er von nationalistischen Studenten ausgepfiffen. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Anhängern des Professors. Nach der Räumung des Auditoriums durch die Polizei durchzogen die nationalistischen Studenten die Straßen, wobei sie in Rufe: „Nieder mit den Boches!" ausbrachen.

Die Verhandlungen mit Polen.

Berlin, 15. März. Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung dem deutschen Gesandten in Warschau, Ulrich Rauscher, neue Instruktionen und den Auftrag gegeben, die polnische Regierung um gewisse Aufklärungen über die bekannten Fragen zu bitten, in denen auf polnischer Seite noch Schwierigkeiten bestehen. Es handelt sich dabei offenbar um Einzelfragen, auf die die polnische Regierung genauere Auskünfte geben soll. Wenn die Antworten befriedigend ausfallen, wird die deutsche Delegation für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen wieder nach Warschau reisen, und die Verhandlungen werden dann ihren Fortgang nehmen.

Die Lohnbewegung im Ruhrbergbau.

Essen, 15. März. Wie der Vertreter der T. U. aus christlichen Gewerkschaftskreisen erfährt, haben die Bergarbeiterverbände bisher ihre Lohnforderungen noch nicht formuliert. Als Mindestforderungen werden die vier am Tarifvertrag beteiligten Bergarbeiterverbände die Anpassung der Bergarbeiterlöhne an den Friedensrealstand unter Berücksichtigung der sozialen Belastung der Bergarbeiter verlangen. Diese Mindestforderungen würden einer Lohnerhöhung von 15 bis 16 Prozent entsprechen.

Von Prittwitz und Gaffron erkrankt. Der deutsche Botschafter in Washington, von Prittwitz und Gaffron, ist an Grippe mit etwas Fieber erkrankt und bettlägerig.